



## Legislaturbilanz der Zürcher Ständeräte



Liebe Leserin, lieber Leser

Seit der Wintersession 2015 vertreten wir den Kanton Zürich im Ständerat. Nun geht eine bewegte Legislatur dem Ende entgegen und das nächste Wahljahr steht vor der Tür. Das nehmen wir zum Anlass für eine Legislaturbilanz.

Wir dürfen festhalten: Wir haben gut und erfolgreich zusammengearbeitet – miteinander, aber auch mit dem Regierungsrat, den Städten und den Gemeinden. Wir haben als Einheit agiert und uns in für den Kanton Zürich wichtigen Fragen nie gegenseitig aufgehoben, sondern unser gemeinsames Gewicht zugunsten der Kantonsinteressen in die Waagschale geworfen. Sie gingen der Parteipolitik vor.

### **Zürcher Probleme sind Schweizer Probleme**

Dabei haben wir festgestellt: Wenn die beiden Zürcher Ständeräte am gleichen Strick ziehen, ist der vielbeschworene «Anti-Zürich-Reflex» gar nicht so stark. Zwar wecken die hohe Bevölkerungszahl unseres Kantons und die Stärke unserer Wirtschaft manchmal auch Vorbehalte. Gerade das wirtschaftliche Gewicht ist aber auch die Basis für erfolgreiche Allianzen.

Zürich kommt für rund ein Viertel der Schweizer Wirtschaftsleistung auf und trägt rund ein Viertel zu den Einnahmen des Bundes aus der direkten Bundessteuer bei. Es liegt auf der Hand: Wer die Fähigkeit Zürichs gefährdet, diese Wirtschaftsleistung weiter zu erbringen, gefährdet den Wohlstand der ganzen Schweiz. Zürcher Probleme sind Schweizer Probleme. Wenn es gelingt, das aufzuzeigen, darf Zürich mit dem Support anderer Kantone rechnen – so wie umgekehrt Zürich natürlich gut beraten ist, auch Anliegen anderer Kantone zu unterstützen, die zugleich in unserem Interesse sind.

Kontakt:

Daniel Jositsch: [www.jositsch.ch](http://www.jositsch.ch), [daniel.jositsch@parl.ch](mailto:daniel.jositsch@parl.ch), [www.facebook.com/danieljositsch](https://www.facebook.com/danieljositsch), Twitter: @danieljositsch  
Ruedi Noser: [www.ruedinoser.ch](http://www.ruedinoser.ch), [politik@ruedinoser.ch](mailto:politik@ruedinoser.ch), [www.facebook.com/Ruedi.Noser](https://www.facebook.com/Ruedi.Noser), Twitter: @RuediNoser

Sachlich aufzuzeigen, wieso alle Kantone auch die Interessen Zürichs im Auge behalten sollten, war die vergangenen drei Jahre ein wichtiger Teil unserer täglichen Arbeit im Rat und in den Kommissionen. Immer wieder weisen wir auch auf die erheblichen Lasten hin, welche die Zürcherinnen und Zürcher für die ganze Schweiz schultern. So ist der Flughafen nicht nur eine Infrastruktur, von deren Nähe wir profitieren, wenn wir ein Flugzeug besteigen – er ist aufgrund der Emissionen für die Anwohner auch eine Belastung und ein politischer Zankapfel im Kanton. Ein anderes Beispiel ist Zürichs Beitrag an den Finanzausgleich.

### **Das grössere Bild im Auge behalten**

Zürich ist bereit, diese Lasten zu tragen. Es kann dies aber nur weiterhin tun, wenn wir die Voraussetzungen dafür erhalten – sei es durch eine entsprechende Priorisierung von Infrastruktur-Vorhaben, sei es durch eine angemessene Berücksichtigung unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Anliegen. Zürich ist ein attraktiver Standort mit innovativen Unternehmen, die unseren Wohlstand zu einem wesentlichen Teil im Ausland erarbeiten, und von diesem Wohlstand profitiert wiederum die ganze Schweiz. Dieses grössere Bild darf nicht von Auseinandersetzungen unter den Schweizer Regionen überlagert werden. Denn in Bundesbern können wesentliche Voraussetzungen für diesen Erfolg geschaffen oder zerstört werden.

Mehr zu einigen zentralen Themen und Geschäften finden Sie in der Tour d'horizon über unsere Arbeit in den Kommissionen – gute Lektüre!



### **Rechts-, Sicherheits- und Aussenpolitik**

*von Daniel Jositsch*

Bereits im Nationalrat war ich in der Rechtskommission tätig. Auch nach dem Wechsel in den Ständerat im Jahr 2015 blieb ich in dieser Kommission, bei der sich mit meiner beruflichen Tätigkeit als Professor an der Universität Zürich am meisten Überschneidungsbereiche ergeben.



Neu dazu kamen mit dem Eintritt in den Ständerat die Tätigkeit in der Sicherheitspolitischen Kommission und der Aussenpolitischen Kommission. Seit 2018 bin ich Vizepräsident der Sicherheitspolitischen Kommission.

### **Rechtskommission**

Die Rechtskommission behandelte in der aktuellen Amtsperiode verschiedene grosse Projekte, die teilweise auch für den Kanton Zürich von wesentlicher Bedeutung sind. Zu erwähnen ist zunächst die **Selbstbestimmungsinitiative**, welche in der Kommission mit grosser Mehrheit bekämpft worden ist. Auch der Vorschlag, einen Gegenentwurf zu dieser Volksinitiative auszuarbeiten, fand kein offenes Ohr. Die Kommission war richtigerweise der Ansicht, dass die Initiative nicht nur den Menschenrechtsschutz gefährdet, sondern auch die Schweiz als Wirtschaftsstandort. Der Kanton Zürich als Wirtschaftszentrum des Landes hätte darunter in besonderem Masse zu leiden. Beide Zürcher Ständeräte setzen sich daher entschieden gegen diese wirtschaftsfeindliche Initiative ein.

Ebenfalls zentral für die Wirtschaft und damit für den Kanton Zürich sind die **Revision des Aktienrechts** und die damit verknüpfte Beratung der **Konzernverantwortungsinitiative**. Letztere zielt darauf ab, dass schweizerische multinationale Unternehmen, die im Ausland in ihrem Verantwortungsbereich Verstösse gegen Menschenrechte und Umweltbestimmungen zulassen, in der Schweiz haftbar gemacht werden. Das Anliegen, die Verletzung solcher Bestimmungen durchzusetzen, ist durchaus berechtigt. Da die Initiative aber juristisch fragwürdige Instrumente vorsieht, weil damit gewissermaßen schweizerisches Recht einseitig für schweizerische Unternehmungen ins Ausland exportiert würde, erscheint ein Gegenvorschlag, der das Anliegen der Initiative aufnimmt, aber die Kollateralschäden vermeidet, zweckmässig. Diese Arbeiten, die seit einiger Zeit in der Rechtskommission in Gang sind, konnten bisher noch nicht abgeschlossen werden, da ein überzeugender Gegenvorschlag noch nicht gefunden werden konnte.

Ebenfalls noch in der Kommission pendent sind zwei andere grosse Geschäfte, die so genannte **Strafrahmenharmonisierung** und die **Revision der Strafprozessordnung**. Beim Ersteren geht es darum, die Sanktionen, die das Strafrecht für die einzelnen Delikte vorsieht, neu zu justieren. Die bisherigen Strafrahmen stammen weitgehend aus der Mitte des letzten Jahrhunderts und entsprechen nicht mehr dem Zeitgeist. So wird eine fahrlässige Tötung heute mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft, wohingegen ein einfacher Diebstahl gemäss Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft werden kann.

Ein Thema, das mich schon seit Eintritt in das Parlament im Jahr 2007 beschäftigt, ist das so genannte **Whistleblowing**, also der Umgang mit Insidern, die über verdächtige Vorgänge in einem Betrieb oder einer Amtsstelle berichten und mit diesen Informationen an die Öffentlichkeit oder an die Behörden treten. Aktuell gibt es keine Normen, die das Whistleblowing regeln, und entsprechend sind verschiedene Informanten selbst vor Gericht gelandet, obwohl sie wichtige Beiträge zur Aufklärung von Missständen geleistet haben. Erinnerung sei beispielsweise an den Zürcher Polizeibeamten, der die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht hatte, dass der frühere Armeechef in ein Stalkingverfahren involviert war. Er hat damit erreicht, dass es zu einem Wechsel in der Armeeführung kam, ist dann aber selbst wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt worden. Solange Whistleblower selbst damit rechnen müssen, strafrechtlich verfolgt zu werden, ist ihre Bereitschaft, Informationen weiterzugeben, natürlich gering. Daher ist es wichtig, dass im Rahmen eines Gesetzes das Whistleblowing geregelt wird. Ein erster Entwurf wurde auf meinen Antrag hin zur Überarbeitung zurückgewiesen. Mittlerweile liegt der überarbeitete Vorschlag vor und kann in der Rechtskommission bearbeitet werden.

In den vergangenen Jahren hat das Parlament zahlreiche Vorstösse behandelt, die das Ziel verfolgten, **pädosexuelle Straftäter** härter zu bestrafen. Aufgrund der Abscheu, die Übergriffe sexueller Natur auf Kinder wecken, fanden solche Anliegen im Parlament, aber auch bei der Bevölkerung breite Unterstützung. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass das Strafrecht generell nur beschränkt präventive Wirkung besitzt und dass im Bereich der Sexualstraftaten die Abschreckungswirkung von Strafen besonders gering ist. Es ist daher zweckmässig, dass wir uns über alternative Strategien zu den klassischen strafrechtlichen Instrumenten Gedanken machen. Ich habe daher mit Nationalrätin Natalie Rickli nach erfolgversprechenden Möglichkeiten gesucht, um pädosexuelle Übergriffe zu verhindern. Wir sind dabei auf Präventionsprogramme gestossen, die in Deutschland und in der welschen Schweiz angeboten werden und die sich an potentielle Täter richten. Es geht dabei darum, dass Menschen mit pädosexuellen Neigungen sich an Therapeuten wenden können, bevor es zur Tat kommt. Natalie Rickli und ich haben entsprechend im National- und im Ständerat Postulate eingereicht, die den Bundesrat auffordern, abzuklären, wie erfolgversprechend die Projekte sind und ob es zweckmässig wäre, diese in der ganzen Schweiz anzubieten. Nachdem der Bundesrat sich dazu bereit erklärt hat, die Aufgabe anzunehmen, hat auch der Ständerat oppositionslos zugestimmt.

### **Sicherheitspolitische Kommission**

Die Schweiz ist glücklicherweise bisher noch nicht Ziel von terroristischen Anschlägen geworden. Nichtsdestotrotz (oder vielleicht gerade deshalb) gilt es wachsam zu bleiben. Im Bereich der präventiven Terrorbekämpfung zentral ist der Nachrichtendienst. Dieser verfügte bisher über ein relativ bescheidenes Instrumentarium. Im Rahmen der Schaffung des **Nachrichtendienstgesetzes** sollten die Einsatzmöglichkeiten des Nachrichtendienstes erweitert werden. Ich habe mich entsprechend in der

Sicherheitspolitischen Kommission und im anschliessenden Abstimmungskampf massiv für die erweiterten Möglichkeiten der Terrorbekämpfung eingesetzt. Dabei ist festzustellen, dass es sich bei den im neuen Gesetz vorgesehenen Abwehrmöglichkeiten um das absolute Minimum handelt; meiner Meinung nach hätte das Parlament noch weiter gehen können. Aber immerhin ist das Nachrichtendienstgesetz ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Eine überwältigende Mehrheit der Stimmbevölkerung hat das Gesetz entsprechend angenommen.

Die Schweiz gilt nicht als prioritäres Ziel des Terrorismus, aber auch ein nicht prioritäres Ziel ist ein Ziel. Ein Bericht des Bundesrats im vergangenen November hat ergeben, dass die jüdische Gemeinschaft in der Schweiz und ihre Einrichtungen dabei besonders im Fokus stehen, was besonders für Zürich von Bedeutung ist, da der Kanton die grösste jüdische Gemeinde beherbergt. Es wurde im Bericht festgestellt, dass es Aufgabe des Staates ist, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Angesichts dieser Situation machte ich einen Vorstoss im Ständerat, um den Bund aufzufordern, mit den Kantonen die **Sicherheit religiöser Gemeinschaften** zu koordinieren. Nach einigen Geburtsschwierigkeiten haben sich Bundesrat und Parlament hinter das Anliegen gestellt. Damit besteht die Möglichkeit, den Schutz besonders gefährdeter Bürgerinnen und Bürger gezielt zu verstärken. Wichtig dabei ist, dass es nicht ausschliesslich um den Schutz jüdischer Institutionen geht, sondern generell um den Schutz religiöser Minderheiten in der Schweiz.

Noch in der letzten Amtsperiode beschlossen worden ist die **Weiterentwicklung der Armee (WEA)**, die eine Modernisierung der Landesverteidigung vorsieht. In dieser Amtsperiode ging es darum, die Vorlage umzusetzen. Zentral erschienen mir dabei insbesondere der Bereich der Ausbildung und eine bessere Verträglichkeit des Militärdienstes mit der zivilen Tätigkeit.

Die Schweiz ist Teil des Schengeninformationssystems (SIS) und kann daher an der gesamteuropäischen Strafverfolgung teilnehmen. Das SIS hat sich in den letzten Jahren als zentrales Element bei der Kriminalitätsbekämpfung erwiesen. Eine Anpassung der entsprechenden Schengen-Gesetzgebung sieht vor, dass in Zukunft **Besitz und Weitergabe von halbautomatischen Waffen** verboten sein soll. Das hätte eigentlich zur Folge, dass der Besitz von Armeewaffen grundsätzlich verboten wäre. Der Bundesrat konnte dabei im Rahmen der Verhandlungen mit den anderen Vertragsstaaten erreichen, dass für die Armeewaffe und für das private Schützenwesen in der Schweiz Ausnahmen vorgesehen sind. Dem Nationalrat ging das zu wenig weit und er hat eine Umsetzungsvorlage beschlossen, die zu einem Austritt der Schweiz aus dem SIS geführt hätte. Es ist uns in der Sicherheitspolitischen Kommission und im Ständerat gelungen, diejenigen Ausweitungen des Nationalrats, die nicht mit der Schengen-Gesetzgebung vertretbar waren, wieder aus dem Gesetz herauszunehmen und damit eine Vorlage zu schaffen, die einerseits mit dem Schengen-Recht kompatibel ist und andererseits den Interessen von Schützinnen und Schützen in der Schweiz entsprechen.

In dieser Amtsperiode lediglich angefangen hat das Projekt **Beschaffung Luftverteidigungswaffen**, namentlich der Kauf neuer Kampffjets. Dieses Milliardenprojekt wird in der nächsten Amtsperiode realisiert. Aus meiner Sicht sind der Kauf von Kampffjets und ein neues Boden-Luft-Abwehrdispositiv unerlässlich für die Landesverteidigung. Das bedeutet, dass so viele Kampffjets zur Verfügung stehen müssen, dass nicht nur luftpolizeiliche Aufgaben, sondern auch solche der Landesverteidigung abgedeckt werden können.

## **Aussenpolitische Kommission**

Im Zentrum der Aufmerksamkeit in der Aussenpolitik stand während der ganzen Amtsperiode das **Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union (EU)**. Dass dieses aufgrund der Bedeutung für die Wirtschaft und die Wissenschaft für den Kanton Zürich von besonderer Bedeutung ist, versteht sich von selbst.

Im Februar 2014 hat die Stimmbevölkerung unseres Landes mit einer knappen Mehrheit die **Masseneinwanderungsinitiative (MEI)** angenommen und damit verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung selbständig – also unabhängig von der Europäischen Union (EU) – steuert und Kontingente einführt. Die neue Verfassungsbestimmung räumte dem Bund drei Jahre Zeit ein, um diesen Widerspruch auf dem Weg neuer Verhandlungen mit der EU auszuräumen. Nach gut zwei Jahren hatten diese Verhandlungen faktisch noch nichts erbracht. Damit rückte die Notwendigkeit einer rein inländischen

Umsetzung der MEI in den Vordergrund. Das Parlament hat in der Folge mittels eines so genannten Inländervorrangs light versucht, einerseits das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU nicht zu verletzen, hat aber andererseits den Verfassungsauftrag, den die MEI enthält, nicht wirklich erfüllt. Ich meine, dass man feststellen muss: Es gab keine mit der Personenfreizügigkeit kompatible Umsetzung, die der MEI entsprochen hätte, und eine radikale Umsetzung wäre fatal für unsere Wirtschaft und unser ganzes Land gewesen. Deshalb machte nur eine personenfreizügigkeitskonforme Umsetzung wie der Inländervorrang light Sinn. Damit aber rückte die zweite Frage, die Verfassungsfrage, in den Vordergrund. Ehrlich wäre gewesen, wenn man der Bevölkerung erstens klar gesagt hätte, dass sich die MEI nicht vollständig umsetzen lässt, zweitens hätten wir zulassen müssen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über eine Verfassungsänderung hätten abstimmen können. Leider bin ich mit dieser Forderung in der Aussenpolitischen Kommission und im Ständerat nicht durchgedrungen, so dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht über die Umsetzung der MEI abstimmen konnten.

Mit dem Beitritt von **Kroatien** zur Europäischen Union stellte sich für unser Land die Frage nach der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf dieses neue Mitgliedsland. Bevor die Schweiz diesen Schritt vornehmen konnte, wurde die Personenfreizügigkeit mit der Zustimmung der Stimmbevölkerung im Februar 2014 zur Masseneinwanderungsinitiative grundsätzlich in Frage gestellt. Allerdings räumte die neue Verfassungsbestimmung dem Bundesrat eine dreijährige Frist bis Februar 2017 ein, um mit der EU eine neue vertragliche Basis auszuhandeln. Dies ist aber nicht gelungen. Bezüglich der Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ergab sich ein weiteres Problem, das insbesondere für den Kanton Zürich als Standort der Universität und der ETH von grosser Tragweite war: Die Teilnahme der Schweiz am **EU-Forschungsprogramm Horizon 2020** war davon abhängig, dass die Schweiz das Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien bis am 9. Februar 2017 durch das Parlament genehmigen und durch den Bundesrat ratifizieren konnte. Die Teilnahme an diesem mit 80 Milliarden hoch dotierten Forschungsprogramm ist für den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Schweiz von zentraler Bedeutung. Die Annahme der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien konnte buchstäblich im letzten Moment geschehen, so dass die Teilnahme an Horizon 2020 vorläufig gerettet werden konnte.

Die Zukunft der Teilnahme der Schweiz an den weiteren Forschungsprogrammen der EU und des gesamten bilateralen Wegs hängt aber davon ab, dass es uns gelingt, ein **Rahmenabkommen** mit der EU abzuschliessen. Im Moment ist das noch in der Schwebe, wobei namentlich durch die Verweigerung der Gewerkschaften im Sommer 2018, mit dem Bundesrat und den Sozialpartnern die Verhandlungsposition der Schweiz auszuloten, der Abschluss eines mehrheitsfähigen Vertrags mit der EU in weite Ferne gerückt ist. Die Stabilität des bilateralen Wegs ist aber gerade für den Wirtschaftsstandort Zürich von elementarer Bedeutung. Ich habe mich daher einerseits dafür eingesetzt, dass der Lohnschutz in der Schweiz erhalten bleibt, dass andererseits aber die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und dem Bundesrat mit dem Ziel einer starken Position gegenüber der EU aufgenommen werden.

## Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltpolitik

von Ruedi Noser



### Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Das zentrale wirtschaftspolitische Geschäft der Legislatur war die **Reform der Unternehmensbesteuerung**. Nach dem Scheitern der USR III in der Volksabstimmung hat die Wirtschaftskommission des Ständerats den Befreiungsschlag gewagt und die Steuerreform mit der AHV-Finanzierung verknüpft.

Kein anderer Kanton ist von dieser Vorlage so stark betroffen wie Zürich. Mit der Reform werden wir die höchste Unternehmensbesteuerung aller Kantone in der Schweiz haben. Zürich ist also zwangsläufig auf Ausnahmeregelungen – wie den Eigenkapitalabzug oder die Ausnahmen bei der



Kapitalsteuer für die Finanzbranche – angewiesen. Sie erlauben uns, trotz relativ hoher allgemeiner Steuersätze steuerlich attraktiv zu bleiben. Denn wenn der Wettbewerb mit kleineren Kantonen nur über die allgemeinen Steuersätze läuft, hat Zürich keine Chance. Kurz: Während Tiefsteuerkantone auch ohne die Steuerreform leben können, ist sie für Zürich überlebenswichtig. Vor diesem Hintergrund ist schon komisch, dass es Zürcher Politiker gibt, die sich bei diesem Geschäft aktiv gegen Zürich einsetzen.

Vorberatern haben wir in der Wirtschaftskommission auch eine ganze Reihe von Geschäften zum **Finanzmarkt**, etwa Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken oder die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen. Für sich allein war keines dieser Geschäfte entscheidend, aber in Summe waren sie sehr wichtig für den ganzen Finanzplatz. Letzteres gilt in besonderem Masse für das Finanzdienstleistungs- und das Finanzinstitutsgesetz (FIDLEG/FINIG). Nach einem längeren politischen Prozess konnten wir hier eine pragmatische Lösung verabschieden.

Ein grosses Thema ist in der Wirtschaftskommission zudem immer wieder die **Landwirtschaftspolitik**. Zürich ist davon doppelt betroffen: Zum einen sind wir – was oft vergessen geht – ein grosser Landwirtschaftskanton. Zum anderen wohnen hier die meisten Konsumentinnen und Konsumenten, und sie haben eine überdurchschnittliche Kaufkraft. Ich setze mich für eine Landwirtschaft ein, die nicht nur bauerngerecht, sondern auch konsumentengerecht ist.

### **Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur**

In der WBK durfte ich in der zweiten Legislaturhälfte das Präsidium ausüben. Die Diskussionen im Ständerat sind oft von **regionalpolitischen Überlegungen** geprägt. Dem versuche ich immer wieder eine übergeordnete Sicht entgegenzuhalten: Zum Beispiel soll die **Kulturförderung** meines Erachtens nach **objektiven Kriterien** ausgerichtet werden, nicht nach regionalpolitischen. Auch in den Bereich **Wissenschaft und Bildung** drängt immer mehr die Regionalpolitik hinein. Als Zürcher sollten wir uns hier für Qualität einsetzen und unseren Bildungsinstitutionen die Chance geben, global wettbewerbsfähig zu sein.

Ein wichtiges Thema der Wissenschaftskommission war die Begleitung des **Innovationsparks** und seiner Projekte. Ich über mein Amt als nationaler Stiftungsratspräsident sehr gerne aus und bin stolz darauf, was wir erreicht haben. Nur in der Raumplanung mahlen die Mühlen langsam.

### **Kommission für Umwelt-, Raumplanung und Energie**

In der **Umweltpolitik** habe ich mich für mehr Kompetenzen für Kantone eingesetzt, die ihrer Umwelt Sorge tragen. Zürich hat eine grosse Moorfläche und kümmert sich vorbildlich um sie. Ein absoluter Schutz kann aber kontraproduktiv sein, wenn er Schwierigkeiten bei Zusammenlegungen macht. Zudem braucht es flexible Lösungen, um kantonale Infrastrukturen zu realisieren. Zürich hat einen hervorragenden Leistungsausweis und sollte mehr Eigenverantwortung erhalten.

Ein grosses Thema der vergangenen Legislatur waren die **Wasserzinsen**. Aus Zürcher Sicht tut man gut daran, dieses Thema nicht weiter zu verpolitisieren – für den Mittelfluss zwischen den Kantonen ist der Finanzausgleich wesentlich relevanter. Ich hätte kein Problem damit, dass die Wasserzinsen in der Kompetenz der Bergkantone liegen. Die Kraftwerksbetreiber können dann entscheiden, ob sie zu den angebotenen Zinsen noch Kraftwerke betreiben wollen.

Wenn ich auf die Legislatur zurückblicke, in dieser und in anderen Kommissionen, fällt mir auf: Ein wichtiger Teil der parlamentarischen Arbeit ist es, «Dummheiten» zu verhindern. Von einer Pflicht für Banken, Konten zu Schweizer Konditionen für Auslandschweizer anzubieten, über Verbote, dass chinesische Unternehmen Schweizer Firmen kaufen dürfen, bis zu den zahllosen Vorstössen zur Heiligsprechung des aktuellen Poststellennetzes – in zahllosen Fällen muss man aus liberaler Sicht und aus der Optik eines starken Wirtschaftskantons frühzeitig Nein sagen, um die Freiheit gegen kartellistische und regionalpolitische Sonderinteressen zu verteidigen. In diesem Sinn habe ich mich für Zürich und unsere national wirkenden Institutionen eingesetzt und versucht, andere für meine Sicht zu gewinnen.